

## Europarat fordert Gesetz gegen Zwangsehen

Aktualisiert um 17:05 Uhr 2 Kommentare

**Die 47 Mitgliedsländer des Europarats sollten Frauen besser vor Zwangsheiraten, Versklavung und Genitalverstümmelungen schützen. Auch die Schweiz will ein neues Gesetz erlassen.**

Artikel zum Thema

**Zwangsheirat: Alles nur erfunden**

Dies forderte heute in Strassburg die zyprische  
Berichterstatterin der parlamentarischen Versammlung,  
Antigoni Papadopoulou. Die Staaten sollten derartige  
Praktiken, die gegen die Menschenrechte verstossen, unter

Strafe stellen und entsprechende Gesetze verabschieden, sagte die Autorin eines Berichts über Zwangsehen, der in der Parlamentarischen Versammlung der paneuropäischen Organisation debattiert wurde. «Zwangsehen sind inakzeptabel und ein Verstoss gegen die Menschenrechte», betonte Papadopoulou.

Dem Dokument zufolge werden in den Europaratsländern jährlich tausende Mädchen und Frauen von ihren Familien zur Heirat gezwungen. Betroffen sind vor allem Töchter muslimischer Familien, aber auch Mädchen indischer oder afrikanischer Abstammung.

### Opfer erzählt

Eine in London lebende Ärztin aus Bangladesch, die in ihrer Heimat verschleppt und zwangsverheiratet worden war, berichtete im Europarat über ihre traumatische Erfahrung. «Ich werde lange brauchen, um dieses Trauma zu überwinden», sagte die 33-Jährige. Ihr Fall hatte im vergangenen Jahr internationales Aufsehen erregt.

Die heute wieder in London lebende Frau habe ihre «Rettung» einem neuen britischen Gesetz gegen Zwangsheiratsentscheidungen zu verdanken, das auch für Ausländer in Grossbritannien gilt. «Ohne dieses Gesetz, die Hilfe meiner Freunde und meiner Anwältin wäre ich heute noch gegen meinen Willen gefangen in Bangladesch», sagte sie.

### Bisher Nötigung

In Grossbritannien haben die Behörden 2008 insgesamt 1500 derartige Fälle registriert. In Deutschland werden nach Schätzungen der Hilfsorganisation Terre des Femmes jedes Jahr mindestens 200 Frauen, in erster Linie Türkinnen, Opfer von Zwangsheiraten. Die Dunkelziffern lägen jedoch viel höher, sagte eine Sprecherin.

Das Europaratsmitglied Schweiz plant bereits eine verstärkte Bekämpfung von Zwangsheiraten.

Entsprechende Massnahmen wurden in der Vernehmlassung weitgehend begrüsst. Nach dem geltendem Recht fällt eine Zwangsheirat unter die Strafbestimmung der Nötigung, die mit maximal drei Jahre bestraft werden kann. (oku/sda)

Erstellt: 28.04.2009, 17:03 Uhr

---

© Tamedia AG